

Newsletter 11/2021

Neue Zahlen zu internationaler Steuerflucht

+++Tipp des Monats: Die Wahrheit übers Erben+++Handelsbasierte Geldwäsche – ein komplexes System mit einfacher Lösung?!+++Steuergerechtigkeit @ Schule: unser neues Unterrichtsmaterial+++Zukunftsfähiger Staat durch Subventionsabbau – ein Wählerirrtum?+++Schon wieder Freshfields, schon wieder eine Schweizer Bank+++ Veranstaltungs-Tipp: Nie wieder Cum-Ex am 24.11.

Newsletter – November 2021

Kommende Woche soll der Koalitionsvertrag vorgelegt werden. Eine Abschaffung der Erbschaftssteuersubvention für reiche Erben wird wohl nicht dabei sein, obwohl sich eine Mehrheit der Bürger*innen höhere staatliche Investitionen wünscht und dafür Subventionen kürzen will. Derweil sind neue Zahlen zum internationalen Steuermisbrauch öffentlich, Deutschland verliert etwa 40 Milliarden Euro pro Jahr. Passend dazu sind unsere neuen Unterrichtsmaterialien zu globaler Ungerechtigkeit jetzt online.

Viel Spaß beim Lesen

Christoph, David und Yannick



Die Wahrheit übers Erben

Steuerfreie Groß-Erbschaften kosteten laut [Subventionsbericht](#) auch 2020 wieder 5,7 Milliarden Euro. Das ZDF zeigt in einer aktuellen Dokumentation die Wahrheit übers Erben. Zu dieser Wahrheit gehört:

1. Dass es für die meisten Menschen unmöglich geworden ist, sich die eigene Wohnung ohne reiche Eltern selbst zu erarbeiten, während andere mit 99 Metern Vorsprung in den 100-Meter-Lauf des Lebens starten (und denken es wären nur 10 Meter).
2. Dass der Ex-Lobbyist der Stiftung Familienunternehmen (jetzt in Panama) im Interview berichtet, seinem Ziel der steuerfreien Großerbbschaft durch ein 3-stündiges Gespräch mit dem bayrischen Ministerpräsidenten einen großen Schritt näher gekommen zu sein. Und dass die Stiftung

Familienunternehmen bis heute [bestreitet](#), dass die weiterhin mögliche steuerfreie Großerbenschaft gegen die Verfassung verstößt bzw. dass es sie überhaupt gibt. Deswegen haben wir der Stiftung noch einmal das Grundgesetz vorbeigebracht und die wichtigsten Passagen aus dem letzten BVerfG-Urteil für sie kopiert.

3. Dass die Ampel-Koalition daran wegen des Widerstands der FDP nichts ändern wird – wie uns Norbert Walter-Borjans bei der [Unterschriftenübergabe](#) zur „Steuerprivilegien kippen“-Kampagne leider bestätigt hat. Sind also wieder mal die Gerichte gefragt?

Absolut sehenswert: Hier geht's zur Doku

Keine Milliardärs-Steuer in den USA? +

Wer gehofft hatte, dass der Appell von Gabriel Zucman („The Triumph of Injustice“) bei den US-Demokraten Gehör finden würde und Joe Biden wirklich angetreten sei um den Glauben an die Demokratie zu retten, der wird gerade enttäuscht. Die zur Milliardärs-Steuer abgespeckte Vermögensteuer (wer könnte in einer Demokratie dagegen sein?) wurde von einem intensiv gelobbyten Senator aus West Virginia gestoppt, genauso wie die Pläne entschlossen gegen den Klimawandel vorzugehen und die sozialen Sicherungssysteme zu stärken. Die Steuer selbst wäre wahrscheinlich eine Weltneuheit gewesen (auch wenn ProPublica das anders sieht) – eine Steuer auf unrealisierte Wertsteigerungen. Nach den Meldungen zu den riesigen Wertsteigerungen in der Pandemie, der Steuerfreiheit von Wertsteigerungen bei der Erbschaft in den USA und der anscheinend weitverbreiteten Praxis amerikanischer Milliardäre ihre teuren Hobbys über Kredite auf ihre Aktien zu finanzieren ist das weniger abwegig als es auf den ersten Blick klingt."

<https://www.propublica.org/article/the-billionaires-tax-isnt-new>

Elon Musk lässt Twitter über seine Besteuerung entscheiden +

Weil die Politik es anscheinend nicht hinbekommt, hat Elon Musk die Twitter-Community gefragt, ob er Aktien verkaufen soll um Steuern zu zahlen. 58% der etwa 3,5 Millionen Antworten waren dafür. Nötig wird der Verkauf möglicherweise deswegen, weil er Aktienoptionen aus 2012 ausüben muss und diese anscheinend nicht richtig strukturiert hat um die Steuer darauf für immer zu vermeiden (ein Experte schätzt sie auf bis zu 15 Milliarden US-Dollar).

<https://thecollegesave.com/2021/11/08/elon-musks-ticking-tax-time-bomb/>

**Handelsbasierte Geldwäsche –
ein komplexes System mit
einfacher Lösung?!**



Ein Unternehmer nimmt 50.000€ von Kriminellen an und gibt es gestückelt als Darlehen zurück. Der Frankfurter KfZ-Händler verkauft Autos. Der deutsche Getreidehändler verkauft 2,5t Getreide für 300.000 Euro (Marktpreis: 375€). So einfach sieht das in den seltenen aufgedeckten

Geldwäschefällen in Deutschland aus, über die jetzt bei [plusminus](#) berichtet wurde. Damit sich das ändert, fordert die Gewerkschaft der Polizei einen zusätzlichen § im Zollfahndungsdienstgesetz:

Dem Zollfahndungsdienst obliegt... zur präventiven Bekämpfung der Geldwäsche, zur Aufdeckung von unbekanntem Steuerfällen und Fällen von Terrorismusfinanzierung, zur Auffindung von Vermögen aus Straftaten sowie und zur Verhinderung der Nutzung inkriminierter Vermögen das Aufspüren von Sachen, Gegenständen und Rechten ungeklärter Herkunft zum Zweck der vorläufigen Sicherstellung zur späteren Einziehung. (mehr unter: <https://zoll-2022.de/>)

Eine Zollreform und ein effektiverer Kampf gegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche lagen immerhin auf dem Verhandlungstisch der Ampelkoalition. Ob am Ende der nötige große Wurf oder eine zögerliche Prüfungskommission rauskommt, muss sich noch zeigen.

Zur Themenseite "Schattenfinanz und Geldwäsche"

101 der Geldwäsche: Steuerhinterziehung keine Vortat? BaFin und BVA uneinig wer wirtschaftlich Berechtigter ist? +

Die neue Zeitschrift Geldwäsche und Recht geht bald schon in die dritte Auflage. In Auflage zwei gab es gleich zwei spannende Debatten, die für Nicht-Juristen verständlich aufbereitet, aber trotzdem nur schwer zu verstehen waren: 1) Hinterzogene Steuern (Stichwort „ersparte Aufwendungen“) sind laut neuem Geldwäscheparagrafen (Streichung von §261 Abs. 1 Satz 3 StGB) für Juristen angeblich kein Tatobjekt sondern nur ein im Vermögen nicht klar abgrenzbarer „rechnerischer Vorteil“ (siehe dazu z.B. OLG Saarbrücken 4 Ws 53/21) und 2) Wenn ein tschechischer Politiker oder ein reicher Unternehmenserbe als wirtschaftlich Berechtigter einer Stiftung über diese Stiftung indirekt ein Unternehmen besitzt und kontrolliert, ist er nach (juristischer) Lesart des Transparenzregisters kein wirtschaftlich Berechtigter des Unternehmens, weil der angeblich in §3 Abs. 2 GWG abschließend definiert ist und die gleichzeitige Anwendung des §3 Abs. 3 GWG (in dem die wirtschaftliche Berechtigung an einer Stiftung definiert ist) ausschließt. Dass das wenig Sinn macht sieht nicht nur der Laie auf den ersten Blick, sondern auch die BaFin so und macht es „richtig“.

<https://recht.saarland.de/bssl/document/KORE218862021>

Die Geldwäscher – ein Kriminalroman mit Empfehlung von +

In einem kürzlich erschienenen Kriminalroman beschreibt Peter Beutler, wie eine Schweizer Bank – über zwei Investmentfonds – Drogengeld aus Medellín wäscht und wie das Leben des Chefbuchhalters und seiner Familie dadurch in Gefahr gerät. Als früherer Manager von Julius Bär auf den Cayman Islands dürfte Rudolf Elmer dafür gesorgt haben, dass die Fiktion gut informiert war.

<https://www.orellfuessli.ch/shop/home/artikeldetails/A1060528143>

Neue Zahlen zu internationaler Steuerflucht

Deutschland verliert laut des neuen [State of Tax Justice Bericht von TJN](#) jedes Jahr etwa 40 Milliarden Euro an Steueroasen und Schattenfinanzplätze. Etwa 30

Milliarden Euro durch die Gewinnverschiebung multinationaler Unternehmen und 10 Milliarden Euro durch illegale Vermögen in Schattenfinanzplätzen. Weltweit fehlen wegen grenzüberschreitenden Steuermisbrauchs jedes Jahr Einnahmen von mehr als 400 Milliarden Euro. Die im Vergleich zum Vorjahr etwas höheren Verluste resultieren aus einer verbesserten Datengrundlage (Cbcr für 2017) und rechnen Verbesserungen durch die OECD Reformvorschläge noch nicht ein.

Die lösen sowieso nur einen Teil des Problems. Zur Erinnerung: nach [Schätzung der OECD vom Oktober 2021](#) jährlich etwa 130 Milliarden Euro durch die Mindeststeuer. Das [EU Tax Observatory](#) schätzt die zusätzlichen Einnahmen für Deutschland auf 7,8 Milliarden Euro, für die EU-Länder auf 63,9 Milliarden Euro und weltweit sogar auf 185,3 Milliarden Euro. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft [Deloitte schätzte](#) die potenziellen Zusatzeinnahmen für Deutschland dagegen auf höchstens 380 Millionen Euro. Wie viel am Ende wo ankommt hängt erstens davon ab, wie viele Lücken bei der Umsetzung noch dazu kommen und zweitens wie Länder und Unternehmen reagieren. Die USA und Irland haben schon angekündigt effektiv 15% einbehalten zu wollen. Einen spannenden [Überblick](#) über drohende Umsetzungslücken gab es kürzlich in unserer AG.



Zur Themenseite "Unternehmenssteuern"

Letzter Schritt zum PCBCR, jetzt heißt es warten: bis mindestens 2024



Letzte Woche gab es im EU-Parlament die formale Zustimmung für das PCBCR. Damit werden die Aktivitäten in EU-Steueroasen öffentlich, ein wichtiger Schritt. Steuermisbrauch in über 75% aller Länder weltweit

bleibt aber weiterhin verborgen. Die Veröffentlichung der ersten CBCR-Daten erwarten wir laut PWC frühestens ab 2024.

<https://www.pwc.com/gx/en/tax/newsletters/tax-policy-bulletin/assets/pwc-eu-parliament-and-member-states-agree-on-public-cbcr.pdf>

Geheimes EU-Gremium erfolglos beim Kampf gegen Steuerflucht



Wie der Spiegel berichtet, dokumentieren tausende Dokumente, den über Jahrzehnte hinweg erfolglosen Versuch eines geheimen Gremiums aus Vertretern von EU-Kommission und Mitgliedsländern unter dem Namen „Gruppe Verhaltenskodex“, Steuermisbrauch von Unternehmen zu beenden. Die Daten basieren auf Protokollen, Briefen und Berichten, die der niederländische Forscher Martijn Nouwen zusammen getragen hat.

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/eu-steueroasen-die-minister-blickten-oft-nicht-durch-sagt-martijn-nouwen-a-4bb825b1-38ba-4b2d-bdde-5fea3fddc22c>

ZEW, OECD Steuerreform und Pippi-Langstrumpf Ökonomie



Im letzten Spiegel hat Ex-Wirtschaftsweiser Lars Feld den Vorschlag vom Dezernat Zukunft, das wirtschaftliche Potenzial, und damit die Konjunkturkomponente der Schuldenbremse, basierend auf Vollbeschäftigung zu berechnen, als Pippi-Langstrumpf Ökonomie bezeichnet. Gilt das auch für den aktuellen Artikel des ZEW (Prof. Schreiber & Prof. Spengel) zur OECD Unternehmenssteuerreform? Abseits der berechtigten Zweifel des Artikels sehen wir deutlich Anzeichen dafür:

- 1) Die Kritik von zu geringen Einnahmen bezieht sich auf eine Studie von Devereux et al. vom Januar 2020, die noch mit einem Steuersatz von 10% rechnet.
- 2) Der Artikel kritisiert multilaterale Verhandlungen zur Aufteilung der Besteuerungsrechte unter Pillar 1 als zu komplex und wünscht sich die „guten alten“ bilateralen Verhandlungen zurück – als ob man das Rad einfach wieder zurück drehen könnte in eine Zeit in der sich die USA und Deutschland einigen und der Rest der Welt das stillschweigend akzeptiert.
- 3) Und als Krönung wünscht sich der Artikel schließlich für Pillar 2 das multilaterale Abkommen, das er bei Pillar 1 für aussichtslos hält.

Steuergerechtigkeit @ Schule

Jedes Jahr verlieren die Länder des globalen Südens durch Steuermisbrauch ein Vielfaches dessen, was für Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben wird. In drei 12 bis 18-minütigen Videos haben wir u.a. deswegen die wichtigsten

SCHAU DIR DAS VIDEO „TEIL 1 – GLOBALE UNGLEICHHEIT“ AN UND MACHE DIR STICHPUNKTE ZU DEN FRAGEN 1 BIS 5. SAMMLE INFORMATIONEN ÜBER IDA.



1. Was ist Ungleichheit? Wie sind Einkommen und Vermögen weltweit verteilt?
2. Warum ist Ungleichheit ein Problem? Was hat das mit den Entwicklungschancen von Ida und Emanuel zu tun?
3. Wie kann man Ungleichheit reduzieren? Was ist ein Sozialstaat? Welche Rollen spielen Steuern?
4. Warum sind die Steuern in Entwicklungsländern vergleichsweise niedrig? Warum ist das ein Problem?
5. Was erfahrt ihr über die 17 Nachhaltigkeitsziele? Welches dieser Ziele ist Dir persönlich wichtig und warum?

Informationen zu Steuern und globaler Ungleichheit, Steuervermeidung von großen Konzernen und den Schäden durch Steuerhinterziehung und globale Schattenfinanzzentren zusammengestellt. Dazu passend gibt es flexibel kombinierbare Aufgaben für den normalen oder digitalen Unterricht im Klassenverband oder als Projektarbeit.

Die soziale Spaltung war auch Titelthema in der [aktuellen Ausgabe der Mitgliederzeitschrift](#) der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft mit einem [schönen Beitrag](#) zu unseren Materialien.

Die Unterrichtsmaterialien gibt es hier

G-77 Initiative für zwischenstaatlichen UN-Steuerkommission scheidet +

Berichten aus NGO-Kreisen zufolge haben die G-77 und China ihren Resolutionsentwurf zur Aufwertung des UN-Expertenausschusses für Steuerfragen zu einer zwischenstaatlichen UN-Steuerkommission auf Druck führender OECD-Länder zurückgezogen. In einem Offenen Brief unterstützten wir gemeinsam mit zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen die Forderung nach einer UN-Steuerkommission. Offenbar benötigen wir noch einen längeren Atem auf dem Weg zu einer faireren internationalen Governance-Struktur.

<https://www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/wp-content/uploads/2021/11/Letter-2C-IFFs-resolution-with-signatures.pdf>

Zukunftsfähiger Staat durch Subventionsabbau – ein Wählerirrtum?

Zwei aktuelle Umfragen der [Böckler-Stiftung](#) und des [Paritätischen Gesamtverbandes](#) zeigen: die Deutschen wollen eine gerechtere Verteilung von Vermögen und mehr staatliche Investition in Gesundheit, Bildung, Sicherheit und Klima, aber keine Steuererhöhungen. Stattdessen wünschen sie sich die Streichung von Subventionen.

Umwelt, Finanzmärkte, Digitalkonzerne, Immobilienspekulanten, teure Manager, Ehe

Diese Anliegen ließen sich durchaus kombinieren, wenn man z.B. die Steuerbefreiungen für große Unternehmenserbschaften streichen würde (laut Subventionsbericht die Streichung einer Subvention, laut FDP aber Steuererhöhung) oder steuerliche Regelungen wie Dienstwagenprivileg oder Pendlerpauschale sozialer und ökologischer macht. Der Haken dabei: wenn man Subventionen abbauen will ohne dem Klima und der sozialen Gerechtigkeit zu schaden oder sogar ohne dadurch Steuern zu erhöhen, bleibt am Ende sehr viel politischer Widerstand und sehr wenig Geld übrig um zusätzliche staatliche Ausgaben zu finanzieren. (Einen guten Überblick zum grünen Subventionsabbau gab's dazu im [Manager Magazin](#), mehr zu den Umfragen in unserem [Blog](#))

Reicht um schadet dem Klima, eine Superyacht verbraucht
7.000t CO2 im Standby

+

Rechtzeitig zum COP26 hat Oxfam nachgerechnet: die reichsten 10% der Weltbevölkerung (also wir) werden nach heutigem Stand in den nächsten 9 Jahren das verbleibende CO2-Budget der Menschheit aufbrauchen und die reichsten 10% in Deutschland verbrauchen etwa 4-5 mal so viel CO2, wie die ärmeren 50%. Für die Berechnungen nutzt Oxfam einen Multiplikator zum Einkommen ohne individuelle Konsummuster (CO2-Kompensation, Bio-Tofu, Elektroauto, etc.) abzubilden. Aber auch eine detaillierte Analyse von 20 Milliardären kommt auf einen durchschnittlichen Fußabdruck von 8.000t CO2 pro Jahr. An der Spitze Abramovich mit seiner Superyacht und einem Fußabdruck von 34.000t.

<https://policy-practice.oxfam.org/resources/carbon-inequality-in-2030-per-capita-consumption-emissions-and-the-15c-goal-621305/>

Die Antwort der Milliardäre an Oxfam: Longtermism

+

Quasi als Antwort auf die Kritik von Oxfam beschreibt der Spiegel eine einflussreiche und gut finanzierte philosophische Denkschule – Longtermism: Demnach treten Probleme wie Klimawandel, Armut und Ungleichheit hinter „existenzielleren“ Herausforderungen wie synthetischer Biologie, unkontrollierbarer künstlicher Intelligenz oder der „unbekannten Unbekannte“ zurück, weil sie in der Langzeitperspektive gefährlicher sind. Also besser heute die Milliardäre machen lassen, weil sie mit ihrer Marskolonie die Menschheit retten, wenn die von ihnen entwickelte künstliche Intelligenz die Welt zerstört hat?

<https://www.spiegel.de/wissenschaft/longtermism-was-ist-das-rettung-oder-gefahr-kolumne-a-983e60ba-6265-40a8-8c65-8f2668e4e9ff>

Schon wieder Freshfields, schon wieder eine Schweizer Bank

Beim Cum-Ex Skandal spielten die Steuergutachten der Anwaltskanzlei



Freshfields Bruckhaus Deringer eine wichtige Rolle. Das [Handelsblatt](#) beschreibt ein weiteres potenzielles Betrugsmodell, bei dem Freshfields und eine kleine Schweizer Bank eine wichtige Rolle gespielt haben: Dabei hat die Bank ein Finanzinstrument mit zwei spiegelbildlichen Teilen

geschaffen. Der Verlust des einen Teils war dabei der Gewinn des anderen Teils.

Mit diesem künstlich erzeugten und aus ökonomischer Sicht nie eingetretenen Verlust haben sich dann etwa 50 deutsche Millionäre in ihrer Steuererklärung ärmer gerechnet und so einen Schaden von schätzungsweise 500 Millionen Euro verursacht. Mit dabei ein Vorzeige-Familienunternehmer aus dem Saarland. Sein Anwalt – erfolgreicher Verteidiger des Goldfinger-Modells – [wirft der Staatsanwaltschaft schlampige Arbeit und ein dreistes Vorgehen](#) vor und zeigt wenig Einsicht. Auch Freshfields begleitete das Modell mit einer wohlwollenden Tax Opinion. Anders als bei Cum-Ex wurde das Modell nach der neuen Meldepflicht für grenzüberschreitende Steuergestaltungsmodelle gemeldet und schon kurz nachdem es in einer Betriebsprüfung 2019 aufgefallen war, ermitteln gleich drei Staatsanwaltschaften aus Frankfurt und München. Es gab erste Durchsuchungen und eine rechtliche Anpassung.

Neues zu Cum-Ex und Warburg



Laut Cum-Ex Anwalt und ehemaligem CSU-Politiker Peter Gauweiler haben Warburg und ihre Eigentümer im Oktober Verfassungsbeschwerde gegen das erste – und mittlerweile vom Bundesgerichtshof bestätigte – Cum-Ex-Urteil eingelegt. Dort treffen sie auf den ehemaligen CDU-Politiker Stephan Harbarth – gegen dessen Ernennung gab es unter anderem deswegen Bedenken, weil der neben seiner Abgeordnetentätigkeit in einigen Jahren mehr als eine Million Euro als Anwalt kassiert und mit dem wegen seiner Cum-Ex Beratung angeklagten Hanno Berger bei der Kanzlei Shearman & Sterling gearbeitet hat. Die gefährlich gute Vernetzung der Cum-Ex-Hintermänner zeigt auch ein Bericht des Spiegel (Zahlschranke) zur Durchsuchung der Staatsanwaltschaft Köln bei Hamburger Politikern und einer Finanzbeamtin im September 2021. Demnach wurden dabei auch E-Mails sichergestellt, die eine Einbindung des damaligen Finanzsenators und heutigen Ersten Bürgermeisters Peter Tschentscher in die Schonung Warburgs andeuten. Dieser Fund unterstreicht zudem, wie dem Untersuchungsausschuss anscheinend systematisch Informationen vorenthalten werden. Dort liegen diese E-Mails nämlich nicht vor, obwohl die Rolle Tschentschers explizit zum Untersuchungsgegenstand gehört.

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=59130>

Die Scheibenpacht – genauso schlimm wie Cum-Ex?



Die Scheibenpacht war schon mehrmals Thema im Spiegel. Ende Oktober war es wieder so weit. Ein ausführlicher Artikel protokolliert das Versagen.

Das Modell: EEG-Vermeidung über Kraftwerkscheiben, ähnlich schwer zu erklären wie Cum-Ex, etwas weniger absurd. Schaden 8-10 Milliarden Euro. Fürsprecher wie bei Cum-Ex: Freshfields, zusätzlich BBH. Etwa 300 Unternehmen machen trotz erstem Regulierungsversuch 2017 weiter. Intensives Lobbying im BmWi erreicht Anfang 2021 eine Amnestie bis 2020. Erste Landgerichte (Currenta, Köln + HKM, Düsseldorf) erklären das Modell als illegal. Beteiligte u.a. Evonik, Daimler, Bayer, Thyssenkrupp, Henkel, Rüttgers und ein paar Stadtwerke.

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/bayer-evonik-und-daimler-umgingen-eeg-umlage-die-milliarden-abzocke-a-5aba20ea-0b94-41a9-9725-6386706887f8>

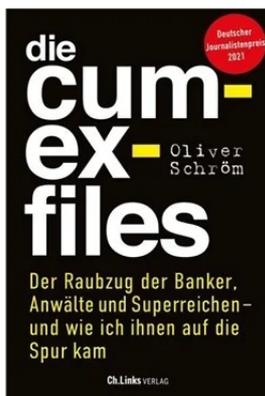
Wambach-Bericht veröffentlicht

+

Nach langem Ringen im Untersuchungsausschuss hat das Handelsblatt den Wambach Bericht veröffentlicht (Bezahlschranke) in dem der Vorstand des Instituts der Wirtschaftsprüfer auf 168 Seiten die Fehler von EY im Wirecard-Skandal beschreibt. Das Ergebnis: Hätte EY konsequent nach den Normen des IDW geprüft, wären das Geschäftsgebaren bei Wirecard und der Betrug möglicherweise viel früher aufgedeckt worden.

<https://www.handelsblatt.com/unternehmen/dienstleister/protokoll-des-versagens-das-handelsblatt-veroeffentlicht-den-geheimbericht-zur-arbeit-der-ey-wirtschaftspruefer/27790058.html?ticket=ST-7962765-MsKAE5K2Hk3EjcbTxaft-cas01.example.org>

Warum Finanzskandale wie Cum-Ex kein Ende finden



Buchbesprechung mit dem Journalisten **Oliver Schröm** zu seiner Neuerscheinung „Die Cum-Ex-Files. Der Raubzug der Banker, Anwälte und Superreichen – und wie ich ihnen auf die Spur kam“

Im Anschluss Diskussion mit Fachleuten aus Steuerverwaltung und Strafverfolgung.

Thema: Strukturelle Probleme bei der Bekämpfung von Finanzkriminalität

Gäste: **Frank Buckenhofer** (Gewerkschaft der Polizei)

Daniela Ortmann (Ver.di)

Wann? Mittwoch, 24. November, 18:00–19:30

Wo? Zoom. Anmeldung: www.ogy.de/cumex



Weitere Termine:

- **17.11.2021:** „Drogen, Morde, Geldwäsche – Die Macht der Kokainhändler“ WDR – 60 Minuten. Mehr Infos [hier](#)
- **30.11.2021:** „Tax Competition in the European Union: A Major Issue?“ EU Tax Observatory, Online-Konferenz. Mehr Infos [hier](#)

- **08.-09.12.2021:** "2021 Global Tax Symposium" Leiden University, Online-Event. Mehr Infos [hier](#)

Wir haben noch viel vor – unterstütze uns dabei!

Hat Dir der Newsletter gefallen? Teile ihn!



Netzwerk Steuergerechtigkeit

Weidenweg 37, 10247 Berlin

Wenn Sie für den Newsletter angemeldet sind, erhalten Sie einmal im Monat eine Mail von uns. Wenn Sie nicht angemeldet sind, erhalten Sie nur ausgewählte Emails.

[Hier können Sie sich in beiden Fällen abmelden](#)